

Zwischen Bangen und Hoffen

Die Monsterwelle ist zwar da. Doch die Ausfälle am Arbeitsplatz sind verkraftbar, der Spitalbetrieb läuft normal, die Schulen halten durch. In der Schweiz wächst der Optimismus.

Von René Donzé und Mirko Plüss

Am Freitag, 21. Januar, um 17 Uhr 04 beisst Saskia Wijers in einen Apfel. «Die Situation ist überschaubar», sagt die Leiterin des Schulhauses Kugeliloo in Zürich am Telefon. Bloss 5 von über 100 Lehr- und Betreuungspersonen fallen wegen einer Corona-Infektion aus. 21 von knapp 600 Kindern bleiben der Schule fern. Am stärksten betroffen ist ein Kindergarten, wo keine Masken getragen werden. Die Lage hat sich seit letzter Woche kaum zugespitzt.

Etwas früher an diesem Tag zieht Stefan Luginbühl im Berner Oberland seine Ski ab. «Zu viel Nebel, das muss ich mir in meinem Alter nicht mehr antun», lautet die private Lagebeurteilung des Krisenstabelleiters des Bereiches Logistik bei der Post. Er geht zurück ins Home-Office: «Wir bleiben im Stand-by.» Knapp 700 von 22000 Mitarbeitern fehlen wegen Corona. Etwas weniger als vor einer Woche.

Abends um sechs startet Thomas Brack das Programm «Resource Board». Auf dem Bildschirm erscheinen rote, weisse und grüne Zahlen. «Ich mache mir keine grossen Sorgen», sagt der Direktor des Spitals Limmattal. Die Zahl der Corona-Patienten im Kanton erhöht sich nicht - sowohl auf den Intensivstationen (IPS) als auch auf den Bettenstationen. In seinem Spital sind zwei von 8 Intensivpflegeplätzen durch Corona-Patienten belegt, 13 Fälle liegen in der normalen Bettenstation. 18 seiner 1600 Angestellten fallen aus. Am Freitag zuvor waren es etwa gleich viele.

Es ist das Ende einer Woche, in der die Schweiz an den Anschlag hätte kommen können. Das Ende der «Superinfektionswoche», in der die Zahl der positiv Getesteten an der Grenze zu 40 000 kratzte. Doch die Spitäler laufen auf Normalbetrieb, die Zahl der Einwei-

sungen und Todesfälle wegen Corona geht zurück, die Wirtschaft brummt, das öffentliche Leben holpert nicht stärker als sonst in dieser Krise. Einzig eine Zürcher Tramlinie, eine Winterthurer Buslinie und ein paar regionale Bahnlinien können nicht betrieben werden.

Und man fragt sich: War es das nun?

Im grünen Bereich

In dieser Woche war Eigentümliches zu beobachten: Bundesrat Alain Berset, der im Zusammenhang mit Corona das Wort Grippe in den Mund nimmt, was früher nur von Skeptikern zu hören war. Wissenschaftler - bis jetzt eher auf der alarmistischen Seite unterwegs - verbreiten Optimismus, dass mit Omikron der Wechsel von der Pandemie in die Endemie geschafft werden kann. Die Diskussionen hierzulande drehen sich anders als in unseren Nachbarländern nicht mehr um Impfpflicht und schärfere Massnahmen. Vielmehr geht es um die Frage: Sollen die Massnahmen wirklich noch bis Ende März dauern, wie der Bundesrat beschlossen hat? Oder soll er nicht



Thomas Brack:
Spitaldirektor.



Saskia Wijers:
Schulleiterin.



Stefan Luginbühl:
Krisenstabelleiter Post.



schon Anfang Februar den Ausstieg in Angriff nehmen? Komende Woche will eine Allianz von Bürgerlichen und Gewerbevertretern Druck aufbauen (Text unten).

Frühlingsgefühl macht sich breit mitten in der Kälte. Blick zurück.

Dienstag, 11. Januar: Im Medienzentrum des Bundeshauses informiert Tanja Stadler, Präsidentin der wissenschaftlichen Task-Force, über das, was der Schweiz bevorstehen könnte: Die Infektionszahlen schiessen in die Höhe, Testzentren kommen an den Anschlag, immer mehr Infizierte müssen in Isolation,

Kontaktpersonen in Quarantäne. Es werde an allen Ecken und Enden fehlen, sagt sie. Tags darauf verkürzt der Bundesrat Isolation und Quarantäne auf fünf Tage, um Ausfälle abzufedern. Viele fragen sich: Reicht das?

Freitag, 14. Januar: Post-Krisenchef Luginbühl sitzt auf Nadeln. Sollten zu viele Angestellte gleichzeitig ausfallen, könnte die Zustellung ins Stocken geraten - ausgerechnet in der Zeit, in der die Wahlcouverts zuverlässig verschickt werden müssen. Und in der Zeit, in der wegen Home-Office die Paketzahl astronomische Höhen erreicht. «Noch ist alles im grü-

ANZEIGE

KMU stärken.
Arbeitsplätze sichern.



Thierry Burkart
Ständerat FDP



JA 13. Februar
Änderung Stempelabgaben-Gesetz
stempelabgabengesetz.ch

Gewerbe ruft nach dem «Freiheitstag»

Berufsverbände und bürgerliche Politiker wollen bereits im Februar aus der Pandemie aussteigen.

Mirko Plüss

Wie viel Lockerheit können wir uns leisten? Angesichts der Unwägbarkeiten rund um Omikron verharret die Schweiz in Unsicherheit. Doch einige mögen nicht mehr länger warten. Laut mehreren Quellen wird der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) am kommenden Dienstag an einer Pressekonferenz den Ausstieg aus der Pandemie einfordern: Die Home-Office-Pflicht, das Zertifikat und die 2-G-Regel sowie die Kapazitätsbeschränkungen sollen schon sehr bald der Vergangenheit angehören.

Flankiert wird der SGV dabei von Branchen, die von den Corona-Massnahmen direkt betroffen sind, wie beispielsweise der Gastronomie. An der Pressekonferenz werden sich zudem

mehrere Vertreter der Bundesratsparteien SVP, FDP und Mitte gegen den gegenwärtigen Fahrplan der Regierung aussprechen.

Die Hauptforderung der als grosse Allianz betitelten Runde wird eine Art «Freedom Day» sein, wie ihn andere Länder auch schon ausgerufen haben. Dieser soll bereits im Februar stattfinden. «Dann müssen die allermeisten Massnahmen aufgehoben werden», sagt eine mit den Plänen vertraute Person. Moderiert wird der Anlass von Gewerbeverbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler. Der bestätigt den Anlass, schweigt sich über die konkreten Forderungen aber aus.

Die kürzlich vom Bundesrat beschlossenen Massnahmenverlängerungen bis Ende Februar und Ende März seien angesichts der gegenwärtigen Pandemie-Lage nicht akzeptabel, erläutern Teilnehmer der Veranstaltung. Das Gewerbe wolle den Befreiungsschlag und es wolle ihn so rasch wie möglich. Zu den Forde-

rungen gehöre auch, dass der Bund künftig verbindlich festlegen solle, wann einzelne Massnahmen auslaufen.

Die Idee eines «Freedom Day» lancierte diese Woche bereits SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi, oder wie er es ausdrückt: ein «Corona-Freiheitstag». Und bei der Aufhebung der einschneidendsten Massnahmen soll es nicht bleiben. «In spätestens zwei Monaten müssen auch die letzten Massnahmen wie die Maskenpflicht fallen», sagt Aeschi. Die Task-Force habe sich geirrt: «Die Omikron-Variante ist so ungefährlich, dass wir die Schutzmassnahmen bedenkenlos zurückfahren können.»

Die Ungeduld in der Wirtschaft und bei der SVP zeichnete sich in den letzten Wochen ab, doch auch Teile der FDP drücken nun aufs Tempo und kritisieren, dass der Bundesrat einzelne Einschränkungen erst Ende März aufheben will. «Ich verstehe nicht, warum der Bundesrat



SVP-Nationalrat Thomas Aeschi.

Massnahmen so weit hinaus verlängert, um sie allenfalls abzukürzen, statt sie nur wenig zu verlängern und nur notfalls auszudehnen», sagt FDP-Nationalrat Andrea Caroni. Denn in wenigen Wochen werde man ja wissen, ob die Intensivstationen die Omikron-Welle tatsächlich gut überstanden haben: «Danach kann man in kürzester Zeit so ziemlich alles aufheben.» Im Notfall einer

neuen, doch wieder gefährlicheren Variante könne man immer noch neue Massnahmen ergreifen, sagt Caroni: «Das ist besser, als sich prophylaktisch einzuschränken.»

Der Konsens über rasche Lockerungen geht indes nicht über bürgerliche Kreise hinaus. So mahnt die SP trotz positiver Entwicklung, die Spitalzahlen als ganze im Auge zu behalten und nicht nur die Intensivplätze. Gesundheitspolitikerin Yvonne Feri sagt: «Das grosse Risiko bei zu frühen Lockerungen wäre, dass es zu einer starken Überlastung der Akutplätze in den Spitalern und zu Arbeitsausfällen in verschiedenen Bereichen kommt.»

Möglich ist allerdings, dass jene, die ein schnelles Ende der Pandemie fordern, beim Bundesrat offene Türen einrennen. So verkündete Gesundheitsminister Alain Berset am Samstag in den CH-Media-Zeitungen: «Die Zeiten des Zertifikats scheinen sich dem Ende zu nähern.»